

# Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 28.

Sonntag, den 9. Juli 1922.

4. Jahrgang

Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H.  
Beträuer Straße Nr. 86 b. Geldsendungen und Zuschriften an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Ludwig Wolff, Obad'fastraße Nr. 112.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postaufstellung 300 M. vierteljährlich f. Deutschland R. 30. — Anzeigenpreis: für die sechs-gespaltene Kleinzeile M. 60. — für Deutschland R. 7.6 —

## Mein Heimatland.

Mein Heimatland! Mein Heimatland!  
Wie breitest du die Flügel aus,  
die leuchtenden, die schirmenden,  
wie wohl ist mir im eignen Haus!

Du dunkler Wald, du grünes Tal,  
du Himmel voller Farbenpracht,  
so hab' ich oft in stiller Stund'  
mich tief in dich hinein gedacht.

Nun bin ich ganz in dir erlöst,  
so innig, wie ich's nie empfand —  
Und wie ein Wunder dünkt es mir,  
mein Heimatland,

Carl Lange, Danzig.

## Nachklänge — Ausichten.

Die Synode hat sich nach 4-tägigem Hin- und-her bis zum 15. August d. J. vertagt. Das ist das einzig feststehende Ergebnis der Beratungen. Denn an dem Uebrigen, das von der Lodzer Seite errungen worden, wird die Gegenpartei wohl kräftig zu rütteln versuchen. Trotzdem wir mit dem gegenseitigen Versprechen auseinandergingen, während der Zwischenzeit die Streitaxt begraben liegen zu lassen, keine Agitation und dergl. vorzunehmen, hat die Warschauer Seite ihr gegebenes Versprechen feilenruhig gebrochen. Man braucht nur die nach der Synode erschienenen Nummern ihrer Presse zur Hand zu nehmen, um sich davon zu überzeugen. Hält man es mit weiland Kaiser Siegismund, der der Meinung war, Keßern brauche man ein gegebenes Wort nicht halten? Wir haben auch aus manchen Gemeinden davon Kunde bekommen, daß Pastoren von den Kanzeln in gar heftiger Weise gegen die „Lodzer Synodalen“ hergezogen sind. — Wozu? Meint man noch immer durch Schimpfen und Poltern den Riß, der durch unsre Kirche geht, heilen zu können? Hat man auch trotz der Synode noch nicht sehen gelernt? Fast alle Gemeindeabgeordneten haben sich gegen Warschau erklärt! Soll das auch noch das Werk einzelner Agitatoren sein?

Man nennt Männer, die außerhalb unsrer Landesgrenzen wohnen, als die geistigen Urheber der Los-von-Bursche-Bewegung, die unsere hiesige evangelische Kirche erfaßt hat. Ich frage: Wer hat je bei unseren Evangelischen größeres Vertrauen,

größeres Ansehen genossen als unser Konsistorium, als Gen.-Superintendent Bursche? Das tiefe religiöse Gefühl in den Herzen unserer Kolonisten steigerte diese Hochachtung, dies Sichhingeben fast bis ins Uebermenschliche. Und nun sollte es einem Eichler, den die konsistorialfreundliche Presse zu verleumden, zu verhöhnern und lächerlich zu machen nie unterlassen hat, gelungen sein, das Ansehen, den Einfluß des General-Superintendenten in wenigen Monaten zu zerstören und alle Gemeinden zu flammenden Protesten gegen ihn zu bewegen? Und stünde diesem Eichler ein ganzes Heer von Helfershelfern zur Seite: sie hätten es nicht fertig gebracht, wenn nur Verhöhnung, Agitation und Lügen ihre Waffen gewesen wären, wie es die Warschauer Presse immer wieder behauptet.

Die wahre Ursache liegt viel tiefer. Nicht Eichler und Genossen haben die Spaltung in der Kirche hervorrufen können, es wäre Menschenwerk und müßte elend zu Grunde gehen. Wir sehen aber heute schon Männer gegen den Gen.-Sup. aufzutreten, die nie etwas Gemeinsames mit Eichler gehabt haben, die diesen Mann von reinstem Idealismus gar nicht kennen, nicht kennen wollen, weil sie sich an der konsistorialen Presse stoßen. — Wir sehen, wie die Ueberzeugung, der Gen.-Sup. habe das Vertrauen an den evang.-luth. Gemeinden Polens verwirkt, täglich immer weitere Kreise zieht und wie überall sein Rücktritt gefordert wird.

Nun wolle man hierbei in Erwägung ziehen, daß das Mißtrauen, die Ablehnung, welche man dem Gen.-Sup. entgegenbringt, nicht ihm persönlich, sondern in erster Linie dem System, dessen Verkörperung er darstellt, gilt.

Dieses System hat sich überlebt. Ich habe es auf der Synode ausdrücklich hervorgehoben, daß unsre Gemeinden die Kirchengewalt, die Christus ihnen gegeben, und die sie bisher den Pastoren anvertraut hatten, nun selber in die Hände nehmen wollen. Ich sprach bildlich davon, daß das Kind seine ersten Gehversuche machen will und ermahnte seine Wärter, ihm dabei helfend und fördernd beizustehen. Sollte es anfänglich stolpern und fallen: es schadet nichts... gehen muß es lernen. Mögen die einstigen Wärter und Gebieter Sorge tragen, daß sie des einst Großjährigen Freunde werden. Dann haben sie ihre Aufgabe richtig erfüllt. Sonst werden sie keinen Dank davontragen.

Darum: kein unnütziges Entgegenstemmen dem Willen der Gemeinden, soweit er biblisch ist. Die Freikirche, deren Kommen man mit allen Mitteln verhindern will, wird kommen, eher und anders als man sich das heute vorstellen mag. Ihr Kommen ist in kürzester Zeit unvermeidlich, wenn die Warschauer Richtung, nicht auf die mäßigen Forderungen der Lodzer Gruppe eingehen wird. Und dann wird der Bruch, der Riß

in der Kirche vollzogen sein, den doch Warschau verhüten will, verhüten mit Mitteln, die das Gegenteil erreichen. Ich betone noch einmal: die Forderungen der Lodzer Gruppe sind sehr mäßig und enthalten ein Mindestmaß dessen, was an Rechten den Gemeinden zukommt... Wird Warschau hierauf nicht eingehen, so werden die Gemeinden in den Vollbesitz ihrer Rechte zu gelangen suchen, die ihnen in der Freikirche gewährleistet werden.

Die Herren Synodalen aber fordere ich auf, fest zu bleiben und sich nicht von der oder jener Seite beeinflussen zu lassen. Fest und treu, wie wir am 20. Juni und den darauffolgenden Tagen zusammenhielten, wollen wir auch am 15. August wieder zusammenhalten. Um unserer Gemeinden und unseres Glaubens willen. Nicht zuletzt auch um der einzelnen treuen Pastoren (-Hirten) willen, die in heiliger Stunde ihre Standesinteressen zurückstellten und sich zu den Gemeinden bekannten. Wie sie uns Treue hielten, so wollen wir sie ihnen wieder halten. Das sei unser Gelöbniß. Für jene vielen aber, die ihre Gemeinden auf der Synode im Stiche ließen und gegen deren Willen stimmten, wird ein Tag kommen, da sie das „Mene-Tekel“ über ihren Häuptern erblassend lesen werden. —  
Jul. Will.

## Zur Verlegung der gefehgebenden Synode.

Von Otto Somfchor - Warschau.

Wer die Vorgänge in unserer Kirche und ganz besonders diejenigen nach der bekannten Erklärung des Herrn Generalsuperintendenten Bursche vom 23. Februar mit offenen Augen verfolgt hat, für den kann der Ausgang der Synode keine Ueber-raschung gewesen sein. Unliebsam berührt müssen dagegen jene Herren gewesen sein, die statt einer kleinen Gruppe „Lodzer Agitatoren“\*) 83 Synodale, Vertreter von 500 000 evang.-luth. Glaubensgenossen einig vor sich fanden, und die unter zielbewusster Führung nicht geneigt waren, sich dem Diktat des Konsistoriums zu unterwerfen.

Wäre es nach dem Willen jener Herren gegangen, so wäre die vorgesehene Dauer der Synode — zwei Tage — noch zu lang gewesen; beabsichtigten sie doch, die bis dahin geheimgehaltene Gesetzworlage en bloc annehmen zu lassen. Diese Absicht wurde aber vereitelt. Zu einer schöpferischen Tätigkeit war die unter den gegebenen Verhältnissen tagende Synode aus folgenden Gründen nicht fähig:

An erster Stelle war es das große Mißtrauen, das sich die Synodalen, Laien und

\*) Siehe „Zwischenst. Ew.“ Nr. 10, 1922.

Pastoren gegenseitig entgegenbrachten. Die nach einer aufreizenden Ansprache vorgenommene Wahl des Generalsuperintendenten Bursche zum Versammlungsleiter mit 100 gegen 88 Stimmen warf dunkle Schatten über Vorahnungen unheilverkündend voraus. Von Stunde an lastete gleich einer Gewitterwolke eine mit Bitterkeit durchtränkte moralische Schwüle auf der ganzen Versammlung und drohte, sich jeden Augenblick folgenschwer zu entladen. Die Folge war der Zusammenschluß fast sämtlicher Laien-Synodalen und der Zerfall der Synode in zwei sich mißtrauisch gegenüberstehende Lager, zu denen man weder eine Brücke zur Verständigung suchte, auch nicht finden konnte. In dieser nervösen Spannung hatte man dauernd den Eindruck, daß der geringste Zwischenfall, ja, die harmloseste Redeentgleisung der Wortführer dem Vorwand zum Verlassen der Synode für diese oder jene Gruppe bieten würde.

Ein weiterer Grund war die volle Unkenntnis der beratenden Gesehntwürfe seitens der Synodalen. Das Konsistorium hatte sich bei der Einberufung der Synode von dem russischen Grundsatz: „Je dümmer, desto besser“ leiten lassen und nach der Annahme des Bobekschens Dringlichkeitsantrages alles getan, um die Synodalen möglichst unvorbereitet zur Synode kommen zu lassen. Zu diesem Zweck wurde sie so schnell als nur möglich einberufen, um dadurch die Aufklärung in den Gemeinden zu verhindern und recht viel urteilslose Synodalen zur Tagung kommen zu lassen. Es ist fast keine Gemeinde im Lande vorhanden, wo die Pastoren nicht versucht hätten, die Wahlen der Laien in für sich günstigem Sinne zu beeinflussen. Die Gesehntwürfe gelangten teils am Vorabend, teils aber auch erst auf der Synode in die Hände der Synodalen. Selbst für die Herren Pastoren waren sie ein Buch mit sieben Siegeln. Als daher durch die Annahme der grundlegenden §§ 35 und 36 des Lodzer Gesehntwurfes eine beträchtliche Bresche in die konsistoriale Front geschlagen wurde, war man auf jener Seite der neuen Lage nicht gewachsen und versuchte durch die Vertagung der Synode wenigstens zum Teil die restlose Annahme des Lodzer Gesehntwurfes zu verhindern.

Es wird doch niemand bestreiten können, daß die Erbitterung gegen das bestehende Kirchenregime bis in die weitesten Tiefen unseres Volkes gedrungen ist und sich unwillkürlich in den Handlungen der gewählten Laien widerspiegeln mußte. Die gehässigen Reden des Majors Ullrich und des Präsidenten Glas gossen neues Öl ins Feuer. Um klarzulegen, wie weit man von jener Seite die Stimmung in den Gemeinden verkennt, genügt ein Hinweis auf die Nr. 24 des polnischen Wochenblattes „Swiat“ vom 17. d. M., die beim Eingange in die Kirche während der Tagung der Synode verkauft wurde, und in der Präsident Glas in einem Aufsatz über die zukünftige Synode zum Schluß wie folgt schreibt:

„Alle diejenigen, die gegen die Synode (?) Sturm laufen, stehen auf dem Standpunkte der Verneinung des polnischen Staates und betrachten denselben nur als ein Ubergangsstadium. (Saisonstaat).“

Somit sind einige der vielen Gründe, die am Lebensnerv der gesehntgebenden Synode nagten, flüchtig gestreift. In Wirklichkeit liegt der wahre Krebschaden unserer Kirche viel tiefer und ist in den verschiedenen Weltanschauungen beider Parteien zu suchen. Sehr trefflich führte daher Herr Sejmabgeordneter Spickermann zum Schluß einer seiner letzten Reden aus:

„Nicht Deutsch, nicht Polnisch trennt uns, meine Herren, sondern grundverschieden sind unsere Weltanschauungen. Sie sind Reaktionen und wollen unsere Kirche in die klerikalen Fesseln des Mittelalters schlagen. Wir dagegen sind fort-

schrücker und wollen sie dem Strome der Zeit anpassen.“

Man kann verschiedener Meinung über das Ergebnis der Synode sein. Eins steht fest: Am 14. August wird nicht diktiert, sondern verhandelt werden. Und das ist das Höchstmaß dessen, was wir von der ersten Synode zu erwarten hatten.

Von zahlreichen Lesern geht uns fortgesetzt mündlich und schriftlich die Bitte zu, die Lodzer Ausführungskommission zur Veranstaltung einer öffentlichen Berichterstattungsversammlung aufzufordern. Wir geben hiermit diese Bitte weiter.

## Die Verfassunggebende Synode der evang.-luth. Kirche in Polen.

Am Nachmittag des dritten Tages wurde auf Antrag der Lodzer Gruppe sofort zur Beratung über die Artikel, die die Zusammensetzung der Synode betreffen, geschritten.

Gen.-Sup. Bursche referierte eingehend über die in Frage kommenden Artikel 42 und 43 des Warschauer Entwurfs und befürwortete die Annahme derselben.

Syn. Ulla kritisierte Punkt für Punkt der besagten Artikel und hält ihnen die Artikel 35 und 36 des Lodzer Entwurfs entgegen. Redner betont, daß diese Artikel das Minimum der Forderungen enthalten, von denen kein Jota abgewichen werden kann.

Für den Lodzer Entwurf sprechen nun die Herren: Pastor Schmidt, Pastor Dietrich, Pastor Gumlach, Pastor Dito, Syn. Will und Pastor Friedenbergs. Gegen den Lodzer und für den Warschauer Entwurf sprechen die Herren: Pastor Adrian, Major Ullrich, Glas, Senior Kulisch, Micheida, Buzel, Pastor Roubtaler und Pastor Micheliß. Während die Redner, die den Lodzer Entwurf unterstützen, immer wieder darauf hinweisen, daß die gerechten Forderungen der Gemeinden berücksichtigt und ihre Wünsche erfüllt werden müssen, wenden sich die Herren, die für den Warschauer Entwurf eintreten, gegen eine ehrlich und gerecht durchgeführte Vertretung der Gemeinden sowie gegen alle demokratischen Grundsätze. Nach der Debatte wird von den Anhängern des Warschauer Entwurfs der Vorschlag gemacht, über die in Frage kommenden Artikel 35 und 36 des Lodzer Entwurfs punktweise abzustimmen. Herr Spickermann durchschaut jedoch die Absicht der polnischen Gruppe und besteht auf der Forderung, die Abstimmung en bloc über beide Artikel vorzunehmen. Diesmal wird die namentliche Abstimmung von der Lodzer Gruppe verlangt. Die Synodalen werden einzeln an den Vorstandstisch gerufen, wo sie „ja“ oder „nein“ zu sagen haben. Im Saale herrscht allgemeine Spannung, die in dem Maße wächst, wie die Abstimmung sich ihrem Ende nähert. Nun beginnt die Zählung der Stimmen. Syn. Maschleid verkündet das Resultat: Die Artikel 35 und 36 sind mit 106 gegen 75 Stimmen in der Fassung des Lodzer Entwurfs angenommen.

Damit fand der 3. Verhandlungstag sein Ende.

### Am 4. Tage

kam die Arbeit nicht einen Schritt weiter. Fast zwei Stunden wurde über das Protokoll debattiert, worauf die polnische Seite mit allen möglichen Kniffen versuchte, den Tags vorher gefassten Beschluß betreffs der Annahme der Art. 35 und 36 in der Fassung des Lodzer Entwurfs umzu stoßen. Doch die Lodzer waren auf der Hut und wiesen einen jeden derartigen Angriff ganz ent-

schieden zurück. Man versuchten die Anhänger des Warschauer Entwurfs ein anderes Manöver. Da sie sahen, daß sie in der wichtigsten Frage, der Zusammensetzung der Synode, unüberwundlich verloren hatten und daß die Synode sich zum gefügigen Werkzeug in ihren Händen nicht hergeben wollte, war ihnen ein Weiterbestehen derselben auf keinen Fall erwünscht. Dieselben Leute, die in den ersten Tagen unaufhörlich davon redeten, daß produktive Arbeit geleistet werden müsse, gaben jetzt vor, müde zu sein, keine Zeit zu haben oder nicht genügend vorbereitet zu sein, und verlangten Schließung der Synode. Die Pastoren von der linken Seite erinnerten sich plötzlich ihrer verlassenen Gemeinden, zu denen sie heimkehren mußten. Seltsamerweise aber benötigten sie hierzu nicht einer Unterbrechung für einige Tage, sondern eine Vertagung auf Monate, ja auf unbestimmte Zeit.

Gen.-Sup. Bursche machte den Vorschlag, die Synode bis zum Spätherbst zu vertagen. Darauf ging jedoch die Lodzer Gruppe nicht ein. Die deutschen Synodalen merkten die offenkundige Verschleppungstaktik der Gegenseite und gaben ihren Unwillen über ein derartiges Verhalten unverhohlen kund. Syn. Schulz erklärte, daß es für ihn als Bauern unbegreiflich und schmerzhaft sei, daß die Pastoren nicht mitarbeiten wollten. Er richtete an sie die dringende Bitte, sich doch Zeit nehmen zu wollen und nach einer kurzen Unterbrechung wieder zusammenzutreten, da es eine heilige Sache sei, um die es gehe. Syn. Schwarz-Lodz schlenbertete der linken Seite mit Entrüstung den Vorwurf ins Gesicht, daß viele Herren absichtlich nicht arbeiten wollen. Gen.-Sup. Bursche erklärt sich bereit, das Konsistorium durch Hinzuziehung einiger deutscher Mitglieder zu ergänzen. Darauf geht jedoch die Lodzer Gruppe nicht ein, da sie eine vollständige Reorganisation des Konsistoriums anstrebt. Pastor Dietrich macht endlich den Kompromißvorschlag, die Synode zu vertagen und die Einberufung derselben dem Präsidium zu überlassen, das auch den Termin zu bestimmen hätte. In der Zwischenzeit könnten die beiden Gesehntwürfe von einer Kommission, die aus Mitgliedern beider Seiten bestehen würde, bearbeitet werden. Die deutschen Synodalen, des unfruchtbaren Handelns müde gingen auf diesen Vorschlag ein, verlangten jedoch die protokolllarische Feststellung, daß die Artikel 1, 35 und 36 als endgültig angenommen betrachtet werden und daß an den gefassten Beschlüssen nicht gerüttelt werden dürfe. Nachdem diesem Verlangen stattgegeben worden war, wurde die Synode mit Gebet geschlossen.

Die deutschen Synodalen begaben sich hierauf nach dem Konfirmandensaal, wo sie sich zu einer „Reinigung der gewählten Vertreter der Gemeinden“

zusammenschlossen. Gleichzeitig wurde eine aus 4 Herren bestehende Abordnung unter Führung des Herrn Pastor Dietrich zu dem Generalsuperintendenten entsandt, um die Wieder einberufung der Synode für den 15. August d. J. zu verlangen. Gen.-Sup. Bursche versprach, die Synode an dem genannten Tage wieder einzuberufen.

Damit fand die denkwürdige 1. Tagung der Verfassunggebenden Synode ihr Ende.

Während des zweiten Verhandlungstages wurde von dem Syn. Richard-Dombie noch folgende schriftliche Anfrage an das Präsidium gerichtet:

„Da wir in Erfahrung gebracht haben, daß gewisse ernannte Teilnehmer der Synode in Mischehen leben und ihren

Kindern eine katholische Erziehung angedeihen lassen, richten wir an den Vorstehenden die Frage, ob sich solche Herren tatsächlich in unserer Mitte befinden. Ferner bitten wir die Synode darüber zu entscheiden, ob es zulässig und mit der Reinheit der evangelischen Lehre vereinbar ist, daß solche Personen über die Geschicke unserer Kirche mitzubestimmen haben. Da die oben erwähnte Tatsache bei jedem plämbli gen evangelisch lutherischen Christen große Empörung hervorruft, verlangen wir, daß die Erlebi gung dieser Frage zwecks Vermeidung jealöcher Denunziation als dringend betrachtet wird."

Gen.-Sup. Bursche antwortete hierauf, daß tatsächlich einer der ernannten Herren in der Mische lebe, und zwar der Präses des Konfistoriums S. Laß, der mit einer katholischen Frau verheiratet sei. Die Kinder des Herrn Laß jedoch, seien nicht katholisch, sondern evan gelisch erzogen. Mit dieser Erklärung wurde die Angelegenheit als erledigt betrachtet.

## Wie „unser“ Bischof „arbeitet“.

Uns wird geschrieben:

Das will ich heute an einigen Beispielen zei gen. Die Handlung vollzieht sich im Dobrzyner Lande, dort wo (nach dem Lodzer Bezirk) der größte Prozentsatz Deutscher wohnt, in zwei Kreisen etwa 30.000 Seelen. Die Zeit liegt 2—3 Wochen zurück.

In Nr. 22 des „Ev. Wochenblattes“ wird über den Besuch des Bischofs in Rypin berichtet. U. a. lesen wir: „Nach dem Gottesdienst fand eine Gemeindeversammlung statt, auf der von seiten der Gemeindeglieder an den h. Gen.-Sup. ver schiedene Fragen gerichtet wurden, die sämtlich zur Zufriedenheit der Anwesenden beantwortet wurden. Es versuchte zwar ein gewisser Herr S., der in der letzten Zeit verschiedene Gemeinden bereist hat, auch hier Unfrieden zu stiften, doch gelang ihm dies nicht, da die Rypiner Glaubensgenossen durch weg von dem Wunsche befeelt sind, den Frieden in ihrer Gemeinde zu wahren. Sie wiesen daher den Friedensstörer energisch ab.“ Im „Glos ewang.“ war daselbe nur in schärferer Form zu lesen. Das ist „eine Seite der Medaille“.

Nun die zweite: In Nr. 126 der „Fr. Presse“ schreibt „Einer für Alle“ aus Rypin-Michalki: „Auf Fragen nach dem neuen Kirchengesetz erteilte der (Bischof) die Antwort: „das Kirchengesetz ist Sache der Pastoren; wie würde es aussehen, wenn ich mich in Ihre Wirtschaften hin einmischen würde!“ Diese Tatsache rief allge meine Bestürzung hervor. Darauf beauftragte die Gemeinde Herrn O. Somschor aus Warschau (der „gewisse Herr S.“ des „Ev. Wochenbl.“ J. W.) an Herrn Gen.-Sup. Fragen zu stellen. Wie groß war aber ihr Erstaunen, als der h. Gen.-Sup. den Beauftragten nicht sprechen ließ und die Ver sammlung verlassen wollte. Ich oder der Herr S. Sie haben zu wählen. Der h. S. schreibt und spricht Unwahrheiten!“ Auf die Zurufe hin, der Herr Gen.-Sup. soll dies beweisen, antwortete er: „Ich bin von Gott auf diesen Posten gestellt, und habe es nicht nötig, mich zu verteidigen . . .“ Unter sichtbarer Erregung und vollkommen unbefriedigt verließen die Versammelten den Saal und gingen nach Hause.

Und in einem an mich gerichteten Briefe aus der dortigen Gegend, datiert vom 21. 5; 22 heißt es: „Die ganze Predigt war eine Lobpreisung seiner (des Bischofs) Arbeit für das Wohl der Kirche und eine Betonung der Wichtigkeit seiner eigenen Person, die von den Lodzer Hehlblättern mit Verleumdungen und Schmutz beworfen wurde, und sei doch an allem, was sie sagen und schrei ben, kein einziges wahres Wort daran.“ Am Nachmittage forderte ihn die Gemeinde durch eine Delegation auf, sich vor einer allgemeinen Ge-

meindeversammlung zu verantworten, die denn auch zustande kam. Es wurde ihm die Vernach lässigung der Seelsorge in den einzelnen Gemein den, Verleumdung der Deutschen Polens und sein selbstherrliches Auftreten den Laien gegenüber — Synode — vorgeworfen. Bursche wußte auch hier Auswege. Für die Seelsorge in den Gemein den machte er die Pastoren verantwortlich. — Ver leumdet hätte er niemand. — Er habe sich nur gegen die Lodzer Hehlblätter und ihre Fabrikanten gewandt, und das mit Recht, denn auch die po lenfeindlichsten Zeitschriften Deutschlands seien die sen Hehlblättern noch nicht zuvorgekommen. (Merkst euch das, ihr Deutschenhasser! J. W.) Wer et was anderes aus dem „Ev. Wochenbl.“ heraus gelesen, stehe unter dem Lodzer Einflusse und be sitze keinen eigenen Verstand. — Den Antrag Bo bek habe er eingereicht, er durchgesetzt, er trage alle Verantwortung. Alle Proteste der Gemeinden nützten nun nichts mehr. Die Synode werde zu sammenzutreten — trotz Allem! Knebeln und knech ten wolle er auch keinen. Er sei sehr weitherzig und lasse einem jeden die freie Wahl: wem es bei ihm nicht gefalle, der solle ruhig mit Som schor gehen und sich eine Freikirche gründen. — Da sich hierauf große Unruhe erhob, brach der Gen.-Sup. die Unterredung ab und entfernte sich.“

Ich möchte nun am liebsten die Feder fort werfen, denn ein Ekel überkommt mich . . . So tritt ein „Bischof“ auf, so „behandelt“ er „seine Schafe!“ Wer außer dem deutschen Michel ließe sich so etwas bieten? Die heiligsten Gefühle der Menschen werden ins Lächerliche gezogen, ihre bangen Fragen mit blendender Sophistik lotge schlagen und zuletzt ihnen noch in ihrem eignen Hause der Stuhl vor die Tür gesetzt! Denn wahr lich: hat es den Gemeinden beim Bischof, oder diesem bei den Gemeinden zu gefallen? Wer hat wem die Tür zu weisen? Nach lutherischer Auf fassung die Gemeinden dem Bischof! (Siehe „Die rechte Gestalt einer evang.-luth. Ortsgemeinde“ S. 31 Volksfreund 1921 Nr. 44). Herr Bursche aber, „der es nicht nötig hat, sich zu verteidigen“, weist denen die Tür, die, an ihm irre geworden, Aufklärung fordern und versichert sie, sie „hätten keinen eignen Verstand!“ Und Alles, wozu eine auf diese Weise verspottete Gemeinde sich auf raffern kann, ist: „allgemeine Bestürzung“, „großes Erstaunen“, „große Unruhe“ und ein Nachhausegehen „in sichtbarer Erregung und voll kommener Unbefriedigung.“ Ach, du mein Gott! soll man lachen, soll man weinen, oder mit Elias und Johannes den Donner und Bliz des Himmels herabrufen? — War denn (wenn Somschor nicht sprechen durfte!) in der ganzen Versammlung nicht ein einziger Mann zu finden, der das richtige, das erlösende Wort gefunden und die Gemeinde im Antlitz Bursches zu einem einmütigen, flammenden Protest, zu einer Lossage von ihrem „gottbegnadeten“ Oberhirten bewogen hätte? Das wäre die einzig mögliche, die richtige Antwort der Volks und Glaubensgenossen von Rypin gewesen! Ihr Klagen und Seufzen „hinter dem Ofen“ hört niemand. Ja man wagts noch, in der Presse vor aller Welt unverfroren zu behaupten, ihre Fragen wären vom „Bischof“ zu allgemeiner Zufriedenheit beantwortet worden, sie wollten den „Frieden in der Gemeinde wahren“, sie hätten Herrn Somschor „energisch abgewiesen!“ — Nein, ich muß mich abwenden, damit meine Augen dies trostlose Bild nicht länger schauen müssen . . . Gott laß sich ihrer erbarmen! —

Alle deutschen Glaubensbrüder aber frage ich: Was solls auf der Synode werden, wenn Bursche, eingedenk seiner göttlichen Sendung und Unverantwortlichkeit, jedem Redner, der gegen den heutigen Kurs unsrer Kirchenleitung auftritt, das Wort entziehen wird, wie ers h. S. in Rypin entzogen hat?

Alle deutschen Glaubensbrüder frage ich:

Glaubt ihr, daß es möglich sein wird, auf der Synode mit Bursche einig zu werden? Und wenn nicht, was soll geschehen? Hat er nicht recht, der junge Pastor, der mir neulich schrieb: „Wir kommen um die Freikirche nicht herum, oder wir sind rettungslos verloren!“

Ja, wir sind verloren, wir sind gewesen, wenn wir unsrer Kirche nicht die volle, souveräne Ge walt der einzelnen Gemeinden erkämpfen und sie wieder in den Besitz der Rechte bringen, die ihr durch Christus, das Haupt der Kirche, geschenkt sind. — Darum müßten sich noch vor der Synode recht viele Gemeinden äh nlich der in Zagurow und der in Brzezno öffentlich für die Frei kirche erklären. Das wird den Synodalen Mut und Kraft geben, für die gerechte Sache voll und ganz einzutreten.

Denn der „Bischof“ wird auch auf der Synode mit „Macht und List“ auftreten und versuchen schwache Herzen zu Fall zu bringen. Sahen wir, wie er in Rypin die Machtseite hervorkehrte, so laßt uns nun nach Ostrowka gehen und sehen, wie er sich von der Listseite zeigt. Ich zitiere im folgenden einen glaubwürdigen Brief aus dieser Gemeinde:

„Am vergangenen Sonntag (21. Mai) war Bursche bei uns. Hat gewaltig gepredigt. Das „Beissen und Fressen unereinanden“ war sein Thema. In Rypin war er tüchtig über die „Lodzer Schreier“ hergefahren, ist aber von der Gemeinde grade nicht sanft empfangen worden, der Geist war doch mit „dem Lodzer Sauerteig“ durchdrungen. (R. aus Gn. und S. aus T. haben ihm Mühe bereitet; Otto Somschor hat er nicht zu Worte kommen lassen). Deswegen schlug er bei uns andre Töne an. Diejenigen, die ihn in Rypin gehört hatten und ihn nun bei uns hörten, meinten, Bursche sei in einer Woche ein ganz anderer worden. (Liebe Brüder, er kann sich innerhalb einer Stunde dreimal verändern! W.) Sein Herzenswunsch ist, die „Herren Lehrer“ möchten Hand in Hand mit ihrem Pastor gehen, sie seien doch ihres Pastors „rechte Hand“. — Nachmittags hat er alle zu einer „freien Aus sprache“ eingeladen; (Schon „freiwillig, nicht ge drungen wie in Rypin! J. W.) es hat natürlich niemand als nur er allein gesprochen (D. stellte eine Frage), aber Sie hätten den Geist sehen sollen, der hiehr weht. Man hat den Eindruck, als ob die Menschen ihn auffressen möchten . . . Als Bursche geendet hatte, trat der Kolonist D. M. an uns heran und sagte nach kürzerem Gespräch: „Das ist alles Schwindel, was er uns heute sagte, wenn wir die Freikirche nicht bekommen, so bleibt wieder alles beim Alten . . .“ Soweit der Brief.

Es dämmt zwar bei den Brüdern auch dort draußen auf dem Lande . . . Aber die künstlich angezogene „Ehrfurcht vor der geistlichen Würde“ hat noch nicht einer gesunden lutherischen An schauung Platz gemacht und hindert die Menschen am Reden und Tun. Jene „Ehrfurcht“ hat uns schon sehr viel geschadet und kann uns alle ins Verderben stürzen, wenn sie nicht sofort abge worfen wird. Heute ist noch nicht zu spät . . . Noch können wir unsre Freiheit als evang.-luth. Christen behaupten. Darum lassen wir uns die Krone nicht rauben! J. W.

## Der neue Ministerpräsident und die Deutschen Polens.

Am Vormittag des Montag, (26. Juni) kon ferierte der vom Staatschef dem Sejm vorgeschla gene Kandidat für den Ministerpräsidenten Posten Herr Artur Gliwinski mit dem Vorstehenden der deutschen Sejmfraktion Herrn Gabsbach.

Im Verlauf der Unterredung stellte Herr Gliwinski die Frage, ob die deutsche Fraktion ge

neigt wäre, ihm ihre Stimme zu geben und welche speziellen Wünsche die Vertreter des Deutschtums in Polen hätten. Herr Hasbach erklärte, daß die Forderungen des Deutschtums in Polen in Erklärungen und Interpellationen den bisherigen Regierungen gegenüber niedergelegt sind. Von diesen Forderungen ist bisher so gut wie keine erfüllt worden. Zusammenfassend lauten die Forderungen: volle Anerkennung der Gleichberechtigung der Minderheiten im polnischen Staate auf Grund der Verfassung und des Minderheitenschutzvertrages. Die Fraktion erwartet von einem neuen Ministerpräsidenten, daß er und sein Kabinett energisch durchgreift und der Willkür innerhalb der Beamtenchaft des Staates steuert.

Herr Gliwinski gab die Erklärung ab, daß er als überzeugter Demokrat auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Bürger des Staates ohne Unterschied der Nationalität und den Bekenntnisses stehe.

Abgeordn. Hasbach erklärte hierauf, daß die Fraktion die Kandidatur Gliwinski unterstützen werde, sie behalte sich jedoch ihre Stellungnahme zu dem zu präsentierenden Kabinett vor.

### Die 3. Tagung des Schutzbundes.

In den Tagen vom 28. Mai bis 6. Juni fanden sich die Vertreter des Schutzbundes in Königsberg, Allenstein und Marienburg in Ostpreußen zusammen, um über die Lage des Deutschtums in den Grenzlanden und im Auslande zu beraten und die Wege zu finden, um der planmäßigen Entdeutschung der im fremden Sprachgebiet eingeschlossenen oder angrenzenden Volksgenossen entgegenzuwirken.

Der „Deutsche Schutzbund“ ist eine Vereinigung von 200 deutschen Verbänden und Vereinen mit einer Gesamtzahl von 20 Millionen Mitgliedern. Mehr als 400 Vertreter dieser Verbände sind aus 20 Ländern nach dem schönen Ostpreußen gekommen, um Aussprache zu pflegen, Rat zu halten, sich gegenseitig zu stärken und Mut und Kraft zu schöpfen für das mutige Eintreten und Ausharren für sein angestammtes Volkstum.

Der Raumangel gestatte es uns leider nicht, auch nur annähernd den Inhalt der gehaltenen Vorträge, der Fülle von Anregungen, die gegeben und empfangen wurden, ja selbst nur die stimmeneinhellig angenommenen Entschlüsse wiederzugeben.

Am 28. Mai fand in Königsberg in den Stadthallen der vom Heimatdienst Ostpreußens veranstaltete Empfangsabend statt. Mehr als 2000 Ostpreußen hatten sich zur Begrüßung der aus Ost und West und Nord und Süd herbeigeströmten Volksgenossen eingefunden. Lieder und Musikvorträge und Reden verschönten den Abend, an dem sich die einzelnen näher kennen lernen und Gedanken und Erfahrungen austauschen konnten. Vorher hatte man die alte, so schöne und denkwürdige Stadt besucht, eine Dampferfahrt zeigte uns den Predelhafen mit seinen Bauten und Anlagen. An den nächsten 2 Tagen zerstreuten sich die Teilnehmer in Gruppen, um das deutsche Ostpreußen kennen zu lernen. Die Ostseebäder Cranz, Rauschen und Warnicken wurden besucht. Eine Gruppe folgte der Einladung des früheren deutschen Ernährungsministers Exzellenz Batocki und besichtigte sein Mustergut. Tilsit und die masurenischen Seen, das Schlachtfeld von Tannenberg, Elbing und die Schichauwerft und manch anderes wurden besucht. Von der schönsten Witterung begünstigt, erschloß sich das schöne nordische Ostpreußen seinen aus der ferne und vom Süden Deutschlands gekommenen Gästen. Überall wur-

den die Gäste von Abordnungen der Bürgerschaft, der Stadtbehörden, den Vereinen mit Rede, Gesang und Musik willkommen geheißen und die Augen erglänzten in heller Freude, da sich Brüder und Schwestern aller deutschen Stämme aus den verschiedensten Winkeln Europas die Hände in Treue und Freundschaft reichten.

Die eigentlichen Beratungen fanden in der Stadt Allenstein statt. Der alte Teil der Stadt mit der alten Ordensburg ist ebenso anziehend wie der neue Teil anmutig. Wahrhaftig, eine Gartenstadt, die Häuser ganz hinter blühenden Bäumen und Sträuchern verborgen und die Einwohner von einer wenn auch herben so doch so gewinnenden Herzlichkeit und Gastfreundschaft. Die Stadt hatte sich zu Empfang der Gäste mit Fahnen und Laubgewinden festlich geschmückt.

In den vielen Haupt- und Nebenitzungen der Tagung wurden alle die Grenz- und Auslandsdeutschen betreffenden Fragen eingehend und gründlich durchberaten. „Entdeutschung und Abwehr“ war der eine Hauptverhandlungsgegenstand, „Minderheitenschutz der andere. Die Vertreter des schwer um sein Volkstum, sowohl in völkischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht, in den Grenzlanden und im Auslande ringende Deutschtums kamen zu Worte und schilderten die Art und Weise des Kampfes um Muttersprache und Schule, um Scholle und Heim, um Arbeitswerkstatt und Studierstube, wie auch die Handhabung des „Minderheitenschutzes“ in den einzelnen Staaten. Ist unter den gegebenen Verhältnissen die Behauptung seines Volkstums oft auch eine schwere Sache, so zeigte sich doch erfreulicherweise die eine Tatsache, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den Ernst der Lage erkannt hat und sich trotz allem und jedem zu seinem angestammten Volke furchtlos und treu bekennt. Und noch eins, das auf der Tagung besonders zum Ausdruck kam, sei hier besonders hervorgehoben. Die Vertreter aller Stämme, Gauen und Länder sprachen die Erkenntnis aus, daß der Deutsche, wo er immer sich befinde, in erster Linie auf sich selbst angewiesen ist und nur aus eigener Kraft heraus sein Volkstum zu bewahren imstande ist. Auch die deutschen Frauen hielten einen „Deutschen Frauentag“ ab. Hier trat die Erkenntnis zu Tage, daß die deutsche Frau die Trägerin des völkischen Gedankens ist und die Zukunft und Entwicklung unseres Volkes zum Großteil davon abhängt, ob die deutsche Frau ihre Aufgabe erkennt und erfüllt.

Wie sich der Schutzbund den Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft als Ziel setzt und ihn zu verwirklichen sucht, findet Ausdruck in der Entschlußfassung, die in der am Pfingstsonntag stattgefundenen Schlußitzung angenommen wurde:

„Die auf dem alten deutschen Kulturboden Ostpreußens zur 3. Pfingsttagung des Deutschen Schutzbundes versammelten Vertreter des Deutschtums aus allen Grenzlanden des geschlossenen Siedlungsgebietes, vereinigt mit Vertretern des Deutschtums aus deutschen Siedlungen im Auslande erklären:

Wir, die als deutscher Schutzbund vereinigten Verbände des Grenz- und Auslandsdeutschtums, glauben an die deutsche Volksgemeinschaft. Wir glauben daran, daß alle, die sich als Deutsche fühlen, ohne Unterschied der Religion, ohne Unterschied der Parteien und Klassen, ohne Unterschied der Stammes- oder Staatszugehörigkeit, des Wohnsitzes und der Umgangssprache kraft inneren Gesetzes eine Unauflöslige Einheit sind. Wir halten unverbrüchlich fest an dem unverlierbaren Naturrecht der Selbstbestimmung für dieses unser Volk.

Wir wollen uns nicht in die Geschäfte der Staaten mischen, nicht in die inneren, noch äußeren, nicht in die des eigenen, noch in die der fremden. Aber wir wollen dem Rechtsgedanken unserer Selbstbestimmung und seinem unzertrennlichen Gegenstück, dem Gedanken des Rechtsschutzes nationaler

Minderheiten, zur Geltung verhelfen bei allen Nationen. Und wo immer deutsches Volkstum und deutscher Volksboden von planmäßiger Entdeutschung bedroht sind, wollen wir untereinander zusammenstehen zu gegenseitigem Schutze, soweit es in unseren Kräften steht.

So wollen wir die deutsche Volksgemeinschaft über alle natürlichen und unnatürlichen Grenzen hinweg pflegen als den größten Gemeinbesitz aller Deutschen. Ob sie in der Zerstreuung leben, ob sie als geschlossene Minderheiten einem fremden Staate und Volkstum eingeordnet oder untergeordnet sind, oder ob sie wider eigenen Willen ein Sonderdasein vor den Toren der Heimat führen, — der Glaube an die deutsche Volksgemeinschaft ist ihre geistige, ihre wahre Heimat. In diesem Glauben liegt die Zukunft der deutschen Nation.“

Eine Reihe weiterer Entschlüsse wurde angenommen, so insbesondere die über die Schaffung einer Form für die Minderheitenstatistik, damit sie nicht von Fremdvölkern gefälscht werden kann, denn heute gibt es ja noch keinen Schutzbund.

Den Beschluß der schönen, arbeits- und erfolgreichen Tage bildete ein vom Heimatdienst Allenstein veranstalteter Festzug, der uns in vielen prächtigen Gruppen das Land in seiner Vergangenheit und Gegenwart veranschaulichte, ein Sängerkorps im Walde von Jakobsberg und die Freilichtaufführung eines vom Allensteiner Schriftsteller Worgitzki für diesen Tag verfaßten Festspiels.

Von Allenstein fuhr man nach Marienburg, unterwegs in einigen kleineren Städten und Orten gastfreundlichst aufgenommen. In der herrlichen Marienburg, einem einzigartigen prachtvollen Bauwerke und Kulturdenkmale aus der Zeit des deutschen Ritterordens, im großen Remter, fand die feierliche Schlußitzung, verschönt durch gefangliche Darbietungen des Marienburger Oratorienvereines, statt. Diese Sitzung in dem herrlichen, stimmungsvollen Saale bleibt wohl jedem Teilnehmer in steter Erinnerung.

Nach der Sitzung fand die Enthüllung des Abstimmungsdenkmales statt. Auf granitem Sockel stützt sich auf sein gutes Schwert die Gestalt eines Ritters. Die Inschrift lautet: „Dies Land bleibt deutsch“ und ist von der preussischen Bevölkerung allen Volksgenossen, die durch ihre Abstimmung am 19. Juli 1920 bekundeten, daß sie treu zu ihrem Heimatlande stehen, gewidmet.

Von Marienburg fuhren die Tagungsteilnehmer nach Danzig, um dessen Schönheiten kennen zu lernen und um zu sehen, daß Danzig eine deutsche Stadt war, ist und bleibt.

Die schönen, sonnigen, durch nichts getrüben Tage sind vorüber. Neben der Erinnerung blieb in den Herzen der Teilnehmer das feste Gelöbniß der Treue zum deutschen Volke, der harte Wille, über alle Grenzen und alles Trennende hinweg dem Gedanken der Einheit des deutschen Volkes den Weg bereiten zu helfen, jeder in seinem Kreise, in seiner Heimat. Deutsche Frauen und Männer aus allen Gauen Europas reichten sich mit leuchtendem Blick die Hand zum großen, das ganze deutsche Volk umschließenden Bunde, sprachen beim Abschied den Wunsch aus, sich im kommenden Jahre zu weiterer Arbeit in Würzburg wieder zu treffen.

„Ostdeutsches Volksblatt“.

### Wie deutsche Kolonien in Rußland ausgerottet wurden.

Wieviel Glend die Wolgadeutschen ertragen müssen, ist heute allgemein bekannt. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Presse nicht neue Einzelheiten über den drohenden Untergang dieser deutschen Kulturinsel im Herzen Rußlands zu berichten hätte. Unbekannt aber ist, welche Leiden den deutschen Kolonisten Südrußlands auferlegt wurden, die in hundertjähriger Pionierarbeit nicht

weniger als die Wolgadeutschen für ihre kulturelle Entwicklung ihres Wohngebietes getan haben.

Mit dem Abzug der deutschen Truppen aus der Ukraine im Jahre 1918 kam das Unglück auch über die dortigen Deutschen. Nicht weniger als zwölfmal wechselte im Laufe des folgenden Jahres die Regierung. Und fast immer unter resoluten Erschütterungen und blutigen Kämpfen. Es ist verständlich, daß allmählich jede persönliche Sicherheit aufhörte, Terror und rohe Gewalt herrschten. Unter diesen Ereignissen hatten alle zu leiden; die Deutschen aber, denen man ihres Wohlstands wegen immer neidisch war, ganz besonders. Keine Herrschaft war schlimmer, wie die des gegenwärtig in Polen internierten Vandalenführers Machno, um den sich in der Ukraine bereits ein ganzer Sagenkreis gebildet hat. Machno ging ursprünglich Hand in Hand mit den Bolschewiken und kämpfte gegen die Armee Denikins. Schon zu jener Zeit lernten die Deutschen seine Grausamkeit kennen. Als er von den Bolschewiken abfiel, sich gewissermaßen „selbständig“ machte und zu gleicher Zeit gegen die Rote und die Denikinische Armee kämpfte, konnte sein Wüten keine Grenzen mehr. Wie aus dem Tagebuche eines deutschen Lehrers, das in meinen Besitz gelangte, hervorgeht, gehören die Monate Oktober, November und Dezember 1920 zu der furchtbarsten Zeit, welche die Deutschen in Südrussland durchlebten. Machno hatte es verstanden, alles schischene Gefindel des Landes unter seine Führung zu vereinen. Unzählige kleine Banden, die das Land durchzogen, schlugen sich zu ihm ebenso ließen die rebellischen Bauern herbei. Am Dnjepr kam es zu einer Frontbildung, auf der einen Seite standen die Machnobanden, die auf 100.000 Mann geschätzt wurden, auf der anderen Seite war die Denikinische Armee. Zu großen Kampfhandlungen kam es nicht, man wartete, bis der Fluß zugefroren war. Mittlerweile war das Schicksal Denikins besiegelt. Es war ihm nicht gelungen, sich an zwei Fronten zu behaupten. Ende Dezember standen die Machnobanden dann der Roten Armee gegenüber. Bis Neujahr hielten sie dem Druck der Bolschewiken stand, dann mußten auch sie weichen.

Was die deutschen Kolonisten während jener drei Monate litten, läßt sich kaum schildern. Furchterliche Massenschlächtereien waren in den deutschen Dörfern an der Tagesordnung. In der Kolonie Sagradowka, die gegen 200 Kilometer westlich des Dnjepr liegt, richteten Machnobanden ein Blutbad an, bei dem in einer einzigen Nacht 214 Deutsche den Tod fanden! Am Abend des 17. Oktober umzingelten Machnobanden das deutsche Dorf Eichfeld und schlachteten die gesamte Bevölkerung aus, die gegen 100 Personen zählte. Unter den plündernden Banditen wurden viele als Bewohner des ukrainischen Nachbardorfes erkannt. Die Ortschaften Chortika-Rosenthal, die gegen 6000 deutsche Einwohner zählten, wurden zerstört.

Bei einem geglückten Ausfall über den Dnjepr gelangte Machno in das Taurische Gouvernement, in die Wolotschna-Gegend, wo sich gegen hundert deutsche Dörfer befinden. Dort hatten am schlimmsten die Familien zu leiden, deren Angehörige gezwungenermaßen in der Armee des Generals Denikin dienten. Die Gehäfte dieser Kolonisten wurden in der Regel eingeäschert und die Besitzer zu Tode gefoltert. Machno verfügte über eine besondere Inquisitionsteilung, die von dem berühmten Wajko Prawda, einem früheren Bettler, geleitet wurde. Die am meisten angewandte Folterart bestand darin, daß der Gefangene zuerst mit Knuten, an deren Enden Bleikugeln befestigt waren, bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen wurde, darauf legte man ihn entkleidet auf einen brennenden Scheiterhaufen, um ihn schließlich an einem Galgen anzuknüpfen. Wenn der Unglückliche bereits am Verschleiden war, wurde er wieder auf den Erdboden gelassen. Auf diese Art konnte

man aus dem Gefolterten alle nur erwünschten Bekenntnisse herauspressen.

Die ausschließlich auf „Requisition“ angewiesenen Abteilungen Machnos hatten schon nach kurzer Zeit alles ausgeplündert, der Hunger lehrte in die Hütten ein. Säune und Obstdärten wanderten als Heizmaterial in die Döfen. Es kam noch schlimmer. Eine furchtbare Flecktyphusepidemie brach aus. 90 von Hundert der Bevölkerung erkrankten. Ärzte und Heilmittel fehlten vollständig. In den meisten Fällen starben die Erkrankten aus Mangel an Pflege. Ganze Familien verhungerten.

Als Machno, der drei Monate lang den weißen wie der roten Truppen getrotzt hatte, seinen Rückzug begann, flohen die Kolonisten wieder an zu hoffen. Kurz nach Neujahr waren die meisten deutschen Kolonien bereits von den Bolschewiken besetzt. So absurd es klingt: Die mit Recht gefürchteten Bolschewiken kamen den Deutschen damals wie Befreier vor. Bolschewistisches Glend, bolschewistischer Terror, ein Kinderspiel gegen Machnos Wüten! Die deutschen Kolonisten des Taurischen Gouvernements, die trotz des Machnoschen Einfalls weniger gelitten hatten, begannen sofort nach dem Vordringen der Roten Armee mit einer Unterstützungswallung für die Deutschen in's des Dnjepr. Die ersten Lebensmittelsendungen waren eingetroffen. Schon glaubte man, daß eine Besserung der traurigen Lage eintreten würde. Da kam ein neuer Schicksalsschlag: die Errichtung der Wrangel-Sowjetfront, die eine weitere Hilfe unmöglich machte.

Wie sich das Leben der Kolonisten in der Folgezeit gestaltet hat? Es ist wenig darüber bekannt geworden, viele Aufstände haben seitdem in der Ukraine getobt. Wohl soll es der Sowjetukrainischen Regierung gelungen sein, das Vandalenwesen in Südrussland zum größten Teile zu liquidieren, keinen Damast aber vermochte sie gegen die große Hungersnot zu errichten. Sie trifft die Reste Deuschums in Südrussland mit vernichtender Gewalt. Die Welt weiß zu wenig von diesem Glend, sie müßte sonst heißen, denn wenn es auch Deutsche sind, die in Russland verhungern, menschliches Mitleid verdienen sie alle.

## Ein Buch vom Hunger.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Auszug aus dem „Buche vom Hunger“, welches im Russischen Staatsverlage in Samara erschienen ist. Wir entnehmen diesem Hilferuf nachstehende erschütternde Passagen:

Er ist ein gräßliches Ungeheuer — der Jar Hunger.

Aus unseren Dörfern, wo die Menschen hungern und eines qualvollen Todes sterben, rufen wir euch zu:

Helft! Rettet uns vor dem Tode!

Hat es eine solche Hungersnot je gegeben? Ist sie zu vergleichen mit der Hungersnot des 12. Jahrhunderts in Deutschland, als die Hälfte der Bevölkerung dahinstarb? Mit der Kartoffelnot in Irland, die Mitte des vorigen Jahrhunderts über 1 Million Menschenleben vernichtet hat? Mit den Hungersnöten in Indien? Mit den früheren Hungersnöten in Russland? Nein, der Hunger an der Wolga und am Schwarzen Meer ist viel schwerer, viel schrecklicher, viel grausamer. Er hat keine Beispiele. Wenn nicht geholfen wird, so stirbt nicht nur die Hälfte der Bevölkerung aus, nicht eine Million wie in Irland, sondern mehr, viel mehr, allein an der Wolga verhungern 15 Millionen Menschen! Und doch: Unwillkürlich tauchen vor einem die Bilder aus den russischen Hungersjahren von 1601—1602 auf. Auch damals hungerten die Menschen. Auch damals zitterten sie vor Hungerqualen, sehnten sich inbrünstig ihren Tod herbei. Sie scheuten vor nichts zurück. Sie

saßen nicht nur das Fleisch gefallener Tiere, sondern auch Menschenfleisch. Sie ermordeten Sterbende kurz vor ihrem Tode, ermordeten gesunde, nicht abgemagerte Menschen, um besseres, nahrhafteres Menschenfleisch zu erhalten.

Und heute? Dieselben Greuel des Hungers. Malt euch aus, welche Qualen man beim Hunger, beim verhungern empfinden muß, wenn man sich zur Verzehrung von Leichen entschließt. Wie groß müssen die Hungerqualen sein, wenn man, vernunftlos geworden und gefühlstumpf, die Hand erhebt wider sein eigenes Kind, es schlachtet und sich mit seinem Fleische sättigt.

Das alles geschieht nicht im 17., sondern im 20. Jahrhundert.

Im Jahrhundert der Kultur, der Zivilisation! Wir verzweifeln an der Menschheit.

Wir weinen nicht mehr, sondern winseln nur noch.

Helft! Wir sterben vor Hunger!

Einem Briefe aus Moskau entnehmen wir folgendes:

Wie gut auch die Ernte nicht ausfallen sollte die eingesäten Flächen sind so gering, daß vom Sattwerden keine Rede sein kann. Augenblicklich herrscht in den Mittelgouvernements schrecklicher Hunger. Es ist ein solcher Mangel an Pferden, eingetreten, daß sich die Menschen selbst an die Pferde spannen, um wenigstens einen kleinen Streifen Land zu bestellen. Nach B. L. mmen des öfteren Landleute aus den benachbarten Dörfern, und ihre Erzählungen von dem dort herrschenden Hunger sind schrecklich. Selbstmorde sind an der Tagesordnung. Dieses Hungerelend ist jedoch in dieser Gegend künstlich hervorgerufen worden. Würde man das Getreide nicht für Moskau und das Wolgagebiet beschlagnahmen, so hätte es sicher bis zur neuen Ernte gereicht. Schmerzlich ist es an den Winter und die damit verbundene Heizfrage zu denken. In den Gouvernements Tula und Rjasan, wo man früher mit Stroh und Dung heizte, trod man in diesem Winter ganz entsehrlich. Von den Wäldern in der Umgegend von Moskau ist nichts mehr zu sehen. Augenblicklich kostet ein Faden Holz 22 Mill. Rubl. Ich erhielt 21 Millionen Gehalt. Außerdem verkaufte ich ein Bild für 18 Millionen, so daß es mir möglich sein wird, Holz für den Winter einzuforsen. Es gibt jetzt eine Unmenge Willkürdäre. . . . . Trod alledem ist unser Leben eine Dual! Es ist nur gut, daß man arbeiten und in der Arbeit Vergessen suchen kann. Aber manchmal ergreift einen der Schrecken ob dieses unsagbaren Glends und man fragt sich, wie lange soll das noch dauern?

## Heuschreckenplage in Russland.

Das unglückliche Sowjetrußland wird von mehr als sieben Plagen heimgesucht. Welchen Umfang aber allein die Heuschrecken annehmen, geht aus folgender Mitteilung der Moskauer „Prawda“ vom 10. Mai hervor.

Die Lawre der neu ausgebrochenen Wanderheuschrecken hat sich aus Persien in das Kaspische und Muffatische Gebiet ergossen. In Richtung auf Mugani wanderte ein Zug ununterbrochen anderthalb Tage. Da die Ernte in diesen Gebieten außerordentlich ist, setzt die Bauernschaft alle Kräfte ein, um das Getreide vor der Heuschrecke zu schützen. 300 Dessjatinen Saatland wurden bespritzt und 250 Dessjatinen durch Abkürren unweglam gemacht. In einer Länge von 3 Werst wurden Gruben und Kanäle gezogen. Jenseits der persischen Grenze waren gleichfalls 10 Dessjatinen bespritzt worden und ferner waren Schutzschilde aufgestellt, an denen ungeheuerer Massen von Heuschrecken vernichtet wurden. Im

Saatflächen Gebiet sind neue Heuschrecken erst auf einem Gebiet von 800 Dessjatinen entdeckt worden. Am 5. Mai setzte sich ein Heuschreckenschwarm in Richtung auf das Dorf Satwa in Bewegung. Er blieb einige Schritte vor den Feldern stehen. Im Laufe der Nacht machte sich die gesamte Bevölkerung an eine fieberhafte Tätigkeit. Am Morgen fiel der gesamte Schwarm in die des Nachts gezogenen Schutzgräben und wurde begraben.

### Ein Kulturdokument.

Wir lesen im „Glos Evangelick“:

Viel wird über die moralischen Vergewaltigungen gesprochen und geschrieben, die die römisch-katholische Geistlichkeit auf die Evangelischen bei der Schließung von Ehen ausübt. Kurz vor der Trauung wird in Anwesenheit von Zeugen von den Brautleuten die Unterzeichnung einer Verpflichtung gefordert, die gleichbedeutend ist mit der Aufgabe des evangelischen Glaubens durch einen der Eheschließenden.

Im Nachstehenden führen wir den Wortlaut eines solchen Dokumentes an, das von einem ks. Brzozowski, Gemeinde Lurze, Lemberg, eigenhändig geschrieben wurde:

Ich Unterzeichnete N. N., der sich zur katholischen Lehre nach lateinischem Ritus bekennt und die N. N., evangelisch-augsburgischer Konfession, die miteinander die Ehe schließen wollen, erklären auf Grund der uns nach Art. 1 des Gesetzes über die Bekennnisse vom 25. Mai 1868 zustehenden Rechte, daß wir alle aus dieser Ehe stammenden Kinder ohne Unterschied des Geschlechts in der katholischen Kirche taufen und in der katholischen Religion nach lateinischem Ritus erziehen werden. Wir versprechen deshalb, alle unsere Kinder in der katholischen Lehre zu erziehen. Außerdem verspreche ich, N. N., meinem Gatten, der sich zur katholischen Lehre bekennt, daß ich ihm keine Schwierigkeiten bei der Ausübung der Gebräuche und feierlichen Formeln dieser Religion machen werde. Gleichzeitig erklären wir, daß wir weder vor der Schließung der Ehe in der katholischen Kirche noch nach der Schließung derselben uns zu einem nichtkatholischen Geistlichen zwecks Einsegnung unseres Bundes begeben werden.

Es folgen die Unterschriften der Zeugen und der Brautleute.

Alle Evangelischen, die sich in der katholischen Kirche trauen lassen, müssen vorher einen solchen Revers unterzeichnen. Charakteristisch für das obige Dokument ist, daß es nur die Rechte der katholischen Seite schützt, während die nichtkatholische Seite völlig ignoriert wird, ja es wird ihr gleich von vornherein verboten, die Einsegnung der Ehe bei dem eigenen Geistlichen vornehmen zu lassen.

Das ist die Toleranz, die Nächstenliebe, sind die „Grundzüge“ der römisch-katholischen Selbstlichkeit überhaupt.

### Polnische Kolonisierung des Wilnaer Gebiets.

Ansiedlung westfälischer Polen.

Am 31. Mai weilten in Wilna Vertreter des „Vollzugskomitees der Polen in Westfalen“, und zwar die Herren Mielczynski und Barlik, die hier eingetroffen waren, um eine Aktion zur Ansiedlung der polnischen Reemigranten in den östlichen Gebieten Polens vorzubereiten. Vorher weilten diese Herren in Nowogrodok, wo sie im Einverständnis mit dem Herrn Wojewoden erklärten, daß in allernächster Zeit 170 Volksschullehrer aus Westfalen nach der Wojewodschaft Nowogrodok kommen würden.

Nachdem sich die Herren Mielczynski und Barlik mit den Verhältnissen in Lida und Wilna bekanntgemacht hatten, begaben sie sich nach Warschau, um beim Herrn Finanzminister zwecks Gewährung eines Kredits zum Ankauf eines größeren Gutes im Wilnagebiet zur Ansiedlung von 30 Familien vorstellig zu werden.

Den Delegierten der Rückwanderer wurde in Warschau die Versicherung gegeben, daß die Regierung ihre Ansiedlungspläne ausgiebig unterstützen werde. In Westfalen befinden sich angeblich gegen 400 000 Personen, die den Wunschn haben, nach ihrer Heimat zurückzukehren und die auch zu intensiver Arbeit geeignet sind. Die Mittel jedoch die der Reemigration zur Verfügung stehen, sind höchst unbedeutend, weshalb sie auch gezwungen ist, Kredite der Regierung in Anspruch zu nehmen.

Zur obigen Meldung des Polenblattes bemerkt die in Bromberg erscheinende „Dtsch. Rundschau“:

In dieser Meldung ist interessant, daß nur die ärmsten Schichten der westfälischen Bevölkerung nach Polen zurückkehren; wer es in Deutschland zu etwas gebracht hat, bleibt dort wohnen von zahlreichen Organisationen geführt in voller Gleichberechtigung mit den deutschen Mitbürgern, trotzdem das Deutsche Reich — im Unterschied zu der polnischen Republik — kein Nationalitätenstaat ist.

### Zuschriften.

Brzozow, den 5. Juni 1922.

#### Politik und Kanzel.

Ich erlaube mir hierdurch, Ihnen nachstehende schöne Konfirmandeneinsegnungs-Predigt, die Herr Pastor May aus Tomaszow am zweiten Pfingstfesttag in Rawa auf der Kanzel gehalten hat, zur Kenntnis zu bringen:

„Als die Okkupanten Polen verlassen mußten, ließen sie ihre Nachfolger in Polen zurück, welche jetzt unter den dummen Beuten agitieren und diese mit der Zeit ins Unglück bringen, und zwar gründen sie verschiedene Ortsgruppen, machen Proteste u. s. w. Das ist alles Politik gegen die polnische Regierung. Die Gendarmerie Tomaszow hat alle diese Personen, welche dem Bunde der Deutschen Polens angehören, notiert. Sie werden schon mit der Zeit alle am Baume zappeln müssen. Aber ich werde ihnen dann auch meinen Rücken wenden. So ein Dickschädel, welcher den Hobel nicht mehr ziehen will, der geht jetzt und sucht, wo er nur den Beuten das Geld aus der Tasche ziehen kann.“

Je mehr ihr mich in den Zeitungen kritizieren werdet, desto mehr Ehre erlange ich bei der Regierung.

Brzozow! Brzozow protestiert auch noch und eine so große Zahl.

Eine Freikirche wollt ihr haben!“

Ich hätte noch mehr zu schreiben, aber ich habe keine Geduld mehr, das alles zu beschreiben.

Herr Pastor May nennt uns alle Volkshemden!

D.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir drucken diese Zuschrift ab, wollen jedoch nicht Stellung dazu nehmen, ohne von Herrn Pastor May vorher eine Äußerung hierzu erhalten zu haben. Der gegen den Tomaszower Pastor in der Zuschrift erhobene Vorwurf ist so ungeheuerlich, daß diese Antwort nicht ausbleiben darf.

### Der Staub.

Einer der größten Feinde unserer ordnungsliebenden Hausfrauen ist der Staub. Wie oft wird er im Haushalte von allen möglichen Gegenständen, Sachen und Säckelchen entfernt, und immer wieder erscheint er überall.

Doch wird der Kampf mit dem Staube nicht nur innerhalb des Wohnhauses geführt, sondern allgemein bemüht man sich, diesen unausstehlichen Plagegeist zu vernichten: auf den Straßen und Plätzen, in den Fabriken, Schulen und anderen gemeinnützigen Gebäuden und Einrichtungen. Dieser allgemeine Kampf gegen den Staub entsteht daraus, daß das Vorhandensein des letzteren nicht nur unangenehm und unschön ist, sondern sich auch als höchst schädlich für unsere Gesundheit erweist.

Der Staub, der infolge seiner verschwindenden Leichtigkeit in der Luft schwebt, enthält je nach Ort und Verhältnis eine verschiedenartige, aus den feinsten Teilchen bestehende Zusammensetzung. In der Kohlengrube und auf dem Kohlenplatze entwickelt sich eine unzählige Menge winzigster Staubchen, die von der Luft getragen werden. Ebenso gibt es Eisen-, Blei- überhaupt Metallstaub, Glas-, Gips-, Mehlstaub.

Der Staub, der in der mannigfachsten Beschaffenheit von uns eingeatmet wird, setzt sich in den Schleimhautfalten des Kehlkopfes, der Luftröhre, in den feinsten Luftröhrenverzweigungen und in den Lungenzellen fest, verstopft dieselben und wirkt nicht nur mechanisch reizend, sondern gerade seine chemische Zusammensetzung erregt Reizung, Entzündung und zieht deren Folgen nach sich. So leiden Steinhauer, Gipsarbeiter, Baumwollarbeiter und Flachsbearbeiter an der „Staubschwindsucht“, Eisenarbeiter an der „Eisenlunge“, Bäcker und Müller an der „Verkalkung“ und der „Bäckerkrähe“, bei Druckern wurden chronische Bleivergiftungen beobachtet. Ebenfalls von nachteiliger Bedeutung ist der Staub, der mit der Speise oder beim Rauchen von den Händen in den Mund und von hier aus in den Magen gerät. Auch wird der Staub in die Augen getrieben, wo er entzündliche, langandauernde Leiden hervorruft.

Nach Behauptungen eines bedeutenden Arztes besitzen Personen um das 30. Lebensjahr herum bereits 1 g. Kieselstaub in ihren Lungen, dessen Menge nicht abnimmt, sondern sich mit der Zeit vergrößert und den Zustand der Lungen verschlechtert.

Außer dem bisher gesagten, ist die Tätigkeit des Staubes auch insofern für unseren Körper schädlich, als in ihm eine große Menge verschiedener Bakterien nistet; diese Bakterien und ihre Keime sitzen vorwiegend im Straßen- und Wohnungsstaube. Zur Anschaulichkeit sei gesagt, daß in 1 g. in der Schule gesammelten Staubes sich über eine Million Bakterien befanden. Viele Bakterien sind zum Glück unschädlich, jedoch treffen sich unter ihnen auch solche, welche falls sie in den Körper gelangen, Erkrankungen verschiedener Art hervorrufen. Wissenschaftliche Beobachtungen zeigten, daß die Mehrzahl der Krankheiten die Bakterien erzeugen, die mit der Luft in unseren Körper gelangen und hier günstigen Boden zu ihrer Entwicklung finden.

Es liegt klar auf der Hand, daß ein jeglicher, der zur Verminderung der Krankheiten beitragen will, vor allem den Kampf zur möglichsten Vernichtung des Staubes aufnimmt. Als wichtigste Maßregel hierin erscheint zuerst die Herabsetzung nach Möglichkeit der Ursache, die zur Bildung des Staubes führt, und da fordert die Hygiene in erster Linie den Kampf mit dem Straßenstaube, der nicht nur durch sein Vorhandensein auf der Straße unangenehm wirkt, sondern auch die Quelle des Wohnungsstaubes ist. Zu diesem Zweck baut man Granitfahrdämme, Zement-, Sandstein- oder Asphaltbürgersteige. Letztere sind insofern gut, als

sie den Staub nicht nur fest an ihrer Oberfläche halten, sondern ihn auch einsaugen. Als sehr einfaches Mittel zur Vertilgung von Staub dient das Begießen der Straßen mit Wasser und nachheriges Abkehren.

Noch ein paar Worte vom Staube in den Wohnhäusern. Das bei uns allgemein übliche Ausfegen der Wohnungen mit Bürsten und Besen, sogar bei offenen Fenstern, treibt den Staub nur von einer Stelle zur anderen, entfernt ihn jedoch nicht. Zwecks Reinigung der Wohnung vom Staube muß man den Fußboden täglich mit einem nassen Lappen wischen, insofern das Wasser das beste Staubvernichtungsmittel ist. In Häusern, in denen sich Kranke befinden, muß man ganz besonders darauf achten, daß sich dort kein Staub anhäuft. Zu diesem Zwecke entfernt man jegliche Teppiche, Läufer, Vorhänge und alles Ueberflüssige, was eine Anhäufung von Staub begünstigt. In Krankenhäusern werden die Wände mit Oelfarbe gestrichen, damit sie gewaschen werden können; die Ecken werden abgerundet, um sie leichter reinigen zu können.

Im oben Erwähnten machten wir uns nur mit dem Schaden des Staubes bekannt. Doch besitzt er auch seine Verdienste. Wie neuere wissenschaftliche Entdeckungen zeigten, beeinflusst der Staub die gleichmäßige Ausbreitung der Wärme in der Luft, die Bildung von Wolken, Regen und Schnee. Er durchbricht sogar die Sonnenstrahlen und mildert dadurch ihre Grelligkeit und Schärfe und bedingt die Beleuchtung der Atmosphäre.

M. Salzwedel, Ozorków.

## Aus Welt und Heimat.

**Aufnahmeprüfungen.** Im deutschen Lehrerseminar finden die Aufnahmeprüfungen am 30. und 31. August l. J. statt.

Das deutsche Progymnasium zu Zgierz feierte am 28. Juni seine diesjährige Schulschlussfeier. Nach einem feierlichen Gottesdienst in der evangelischen Kirche versammelten sich Eltern und Schüler, das Schulkuratorium und der Lehrkörper im Missionsaal der evangelischen Gemeinde. Hier erstattete der Direktor, Herr W. Schulz, Bericht über das verfllossene Schuljahr. Er hob hervor, daß die Anstalt in einer gedeihlichen Entwicklung begriffen sei. In vielen Hinsichten sei man einen großen Schritt vorwärts gekommen. So wurde im vergangenen Schuljahr besonders reichlich der Bücherbestand der Lehrer- und Schülerbücherei vergrößert. Beinahe in sämtlichen Klassen bekommen die Schüler die meisten Schulbücher leihweise aus der Schulbibliothek, was fühlbare Ersparnisse für die Kasse der Eltern bedeute. Das physikalische und chemische Laboratorium hat seine Sammlungen ebenfalls um ein bedeutendes, teils durch Ankauf, teils durch freiwillige Spenden vergrößert. Auch wurde, um der Lehranstalt günstigere Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, zum Ankauf eines eigenen Schulgebäudes geschritten. In nächster Zukunft wird also die Schule ihr eigenes Haus besitzen. Aus wirtschaftlichen Rücksichten muß der Gedanke der Aufrechterhaltung der Untersekunda wenigstens für das nächste Jahr fallen gelassen werden. In den Reihen der Lehrerschaft tritt keine Veränderung ein mit Ausnahme des Direktors, der dem Ruf an eine andere Anstalt Folge geleistet hat. An seiner Stelle übernimmt die Leitung der bisherige Lehrer der deutschen Sprache am Staatsgymnasium zu Kalisch, Herr Friedrich Bergfeldt. Möge Gottes Segen auch weiterhin auf dieser für unseren völkischen Fortbestand so wichtigen Anstalt ruhen! L. H.

Das evangelische Gymnasium in Warschau, das zum Teil aus den Mitteln der Warschauer evangelischen Gemeinde erhalten wird, auch genü-

gend Unterstühungen anderweitig bekommt, haben im laufenden Schuljahr beendet: 13 Evangelische, 38 Katholische und 12 Juden. Die Zahlenverhältnisse sprechen eine deutliche Sprache.

**Auch Ansichten!** In Nr. 2161 der „Gazeta Swiateczna“ lesen wir in einem vom Herausgeber der Wochenschrift verfaßten Aufsatz über polnische Schulen folgendes: „Es müßte zumindestens so ein Gesetz geben, daß wo keine polnische Schulbesteht, auch es eine Schule für andere sprachlichen Minderheiten nicht geben sollte. Zuerst müssen wir um die Erziehung und Ausbildung der eigenen Kinder besorgt sein, ehe wir an andere Kinder denken.“ Eine eigenartige Denkungsart! Warum besteht die Republik Polen zu mindestens 40 Prozent aus Nichtpolen? Sollen die Kinder dieser Bürger Polens nur deshalb ohne Schulunterricht herumlaufen, weil aus Nachlässigkeit irgend eines Schulaufsichtsrates Schulen für polnische Kinder nicht eröffnet werden?

Wie bei uns! Aus Perlisanka (Kr. Rowno, Wolhynien) schreibt man dem „Ostdeutschen Volksblatt“: Vor dem Kriege wohnten in dieser Kolonie etwa 27 Wirte. Als die meisten von ihnen im Jahre 1918 aus Rußland zurückgekehrt waren, brachten sie ihre Schule wieder in Ordnung und wählten sich einen Kantor. Doch die Freude dauerte nicht lange. Am 1. Oktober des vorigen Jahres kamen Polizisten, trugen Altar, Bänke und andere Geräte des Betstalls hinaus und schlossen ihn ab. Der Kantor erhielt 8 Tage Zeit, die Wohnung zu räumen. Darauf wurde im Betsaal ein Tanzvergnügen mit Gelage veranstaltet, und seit der Zeit bewohnen zwei polnische Bauern das Gebäude. — Diese Kolonie wurde im Jahre 1865 gegründet. Der Kontrakt läuft aus im Jahre 1923. Als die Leute aus Rußland zurückkehrten, wollten sie ihre Ländereien, die von den Polen besetzt waren, wieder einnehmen. Da es aber diesen in dem von den Deutschen bereiteten Nest gar zu gut gefiel, wollten sie es auch nicht freiwillig räumen. Darum wandten sich die Deutschen an das Gericht und haben sowohl im Friedensgericht zu Kiewan wie auch im Bezirksgericht in Luck ihr Recht erhalten. Als nun ein Deutscher, Gottlieb Sonnenberg, sein ihm zugesprochenes Eigentum wieder in Besitz nehmen wollte wurde er der Verräterei angeklagt und ins Gefängnis geworfen, wo er 3 Monate zubringen mußte. Während dieser Zeit wurde ihm seine Pachtstelle vom Bezirksgericht in Luck abgenommen.

**Die Bevölkerung Polens: ohne Wilna, Oberschlesien und Militär 25 Millionen.** Das statistische Hauptamt (des Prof. Buzel) veröffentlicht auf Grund der letzten Volkszählung eine Statistik über die Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Statistik umfaßt alle Wojewodschaften mit Ausnahme des Wilnaer Landes, Oberschlesiens sowie der Militärpersonen. Danach zählt: die Stadt Warschau: 981,176 Einwohner, davon sind Polen 673,820 (72,3 Proz.), Angehörige anderer Nationalitäten 257,856 (27,7 Proz.) Wojewodschaft Warschau: 2,112,106, Polen 1,895,186 (89,7 Proz.), andere 216,920 (10,3 Proz.). Wojewodschaft Lodz: 2,251,097, Polen 1,859,488 (82,6 Proz.), andere 391,609 (17,4 Proz.). Wojewodschaft Kielce: 2,534,214, Polen 2,312,874 (91,2 Proz.), andere 221,840 (8,8 Proz.). Wojewodschaft Lublin: 2,085,557, Polen 1,776,047 (85,2 Proz.), andere 309,510 (14,8 Proz.). Wojewodschaft Bialystok: 1,302,259, Polen 996,014 (76,5 Proz.), andere 306,245 (23,5 Prozent). Wojewodschaft Nowogrudek: 1,300,069, Polen 649,719 (50 Proz.), andere 650,350 (50 Proz.). Wojewodschaft Polesie: 876,665, Polen 190,700 (21,8 Proz.), andere 685,965 (78,2 Proz.). Wojewodschaft Wolhynien: 1,433,157, Polen 207,932 (14,5 Proz.), andere 1,225,225 (85,5 Proz.). Wojewodschaft Posen:

1,974,057, Polen 1,628,522 (82,5 Proz.), andere 344,535 (17,5 Proz.). Wojewodschaft Pommerellen: 989,495, Polen 754,907 (80,4 Prozent), andere 184,588 (19,6 Proz.). Wojewodschaft Krakau: 1,989,399, Polen 1,859,838 (98,3 Proz.), andere 129,561 (7,7 Proz.). Wojewodschaft Lemberg: 2,718,856, Polen 1,525,751 (56,1 Proz.), andere 1,193,105 (43,9 Proz.). Wojewodschaft Stanislaw: 1,348,481, Polen 294,881 (21,8 Proz.), andere 1,054,100 (78,2 Proz.). Wojewodschaft Tarnopol: 1,429,627, Polen 633,948 (44,3 Proz.), andere 795,679 (55,7 Proz.). Teschener Schlesien: 145,252, Polen 110,758 (76,3 Proz.), andere 34,476 (23,7 Proz.). Die Bevölkerungszahl der Republik Polen beträgt demnach 25,372,437, wovon 17,359,888 (68,4 Prozent) Polen sind, während 8,012,564 (31,6 Prozent) zu anderen Nationalitäten gehören. Mit Schlesien und Wilna würde es somit nach Prof. Buzel 11,000,000 (40,2 Proz.) Nichtpolen geben.

**Die Bereicherungsteuer (podatek od-wzbogaconia się)** ist an die Finanzkasse zu zahlen, in deren Gebiet sich das gekaufte bzw. mit einer Schuld belastet gewesene aber bereits befreite Grundstück befindet, oder an die Postsparkasse, Polnische Landesdarlehenskasse, Polnische Landesbank, sowie an die Devulsenbanken auf Rechnung dieser Finanzkasse. Außerdem müssen die Zahler binnen 72 Tagen, d. h. bis zum 26. August, in der Finanzkammer, in deren Gebiet das betreffende Grundstück liegt, die ausführliche Steuerberechnung sowie die Bescheinigung über die Entrichtung einreichen. In der Berechnung ist gemäß Art. 99 des Gesetzes vom 16. Juli 1920 (Dz. U. R. P. Nr. 82) das erworbene Grundstück genau zu beschreiben, ferner ist die Zeit und der Kaufpreis, der Verkäufer, die Höhe der Stempelgebühr des Kaufaktes, die Höhe der Schuld und der Tag, an welchem sie abgetragen wurde, anzugeben. Die von den Zahlern einzureichenden Berechnungen können nicht als Grundlage zur Bestrafung wegen falscher Eintragung in den Kaufakt sowie unrichtiger Angaben des für das Grundstück erzielten Preises dienen.

Die nicht rechtzeitig eingezahlten Steuerbeträge werden unter Hinzurechnung von 5 Proz. monatlicher Zinsen sowie der Kosten zwangsweise eingezogen werden.

**Nicht fahren!** Im Sinne der bestehenden Verfügungen soll jeder Wagenverkehr auf der rechten Seite des Fahrdammes vor sich gehen. Wenn an einer Straßenbahnhaltestelle vorbeigefahren wird und gerade eine Elektrische hält, so soll die Fahrt untebrochen und erst wieder aufgenommen werden, wenn sich die Elektrische in Bewegung setzt. Diese Verfügung hatte den Zweck, Unglücksfälle zu vermeiden. Leider werden sie aber nicht im geringsten befolgt, weswegen fast täglich Unglücksfälle vorkommen, denen Jahrgäste der Elektrischen zum Opfer fallen. Die in Frage kommenden Behörden müßten ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die von ihnen erlassenen Verfügungen auch befolgt werden.

**Münchenthal in Kleinpolen. Fleckfieber** In unserer Gemeinde brach die schreckliche Krankheit infolge Verschleppung aus, woran einige Menschen starben, und zwar: P. Kiferling, Ewa Lautsch. (arme Witwe hinterließ 6 unversorgte Kinder Anna Merjan, geb. Bäcker (4 kleine Kinder). Es war ein schmerzlicher Trauerzug, als man zwei Nachbarinnen, Mütter sovieler Kinder, zu gleicher Zeit aus den Trauerhäusern an einem Sonntage zu Grabe trug. Ursache dieses Unglücks: Eine Stieftochter des armen Kuhhirten P. Kiferling kam aus Lemberg, wo sie diente, krank in das Elternhaus zurück. Nach einigen Wochen war sie gerettet, aber der alte Stiefvater erkrankte und auch die 3 Nachbarinnen, die sich des Kranken erbarmten, ihm Nahrungsmittel und Pflege brachten. P. Kiferling starb und bald danach erkrankten seine kleinen Kinder und die drei Nachbarinnen. Nur

eine Frau A. Scherch konnte gerettet werden, welcher alle mögliche Hilfe und beste Pflege gebracht wurde. Allgemein ist die Freude über die Genesung der guten, hilfreichen Frau. Die Landleute wollen nicht verstehen, daß Gott diejenigen schützt, die sich auch selbst schützen. Wenn jemand auf dem Lande erkrankt, größere Familie und Verwandte hat, so kommen alle zu Besuch und bald verbreitet sich die Krankheit im Orte oder in mehreren, wenn Verwandte aus jenen zu Besuch kommen. Macht man die Leute auf diese Besuche aufmerksam, so wird geantwortet: Ich fürchte mich nicht vor der Krankheit. — Du wirst viel leicht nicht erkranken, aber die Keime der Krankheit bringst ins Haus, ins Dorf und deine Familie, deine guten Freunde erkranken oder sterben nur wegen deiner Unvorsichtigkeit. Die drei Frauen, welche den armen P. Kiferling besuchten, hatten es vielleicht nicht gewußt, daß die Krankheit Fleckfieber ist und hätten ihn in ihrer Barmherzigkeit auch gepflegt, wenn sie es gewußt hätten und halte wem ihre Barmherzigkeit geholfen? Kiferling starb, E. Lautsch hinterließ 6 arme unverförgte Waisen, A. Merjan 4 kleine Waisen, und das jüngste 4. Kind starb vor wenigen Tagen. Welchen Kummer und Sorge hatten die Familien dieser drei Verstorbenen mit den kranken und kleinen Kindern, und an allem war die Unvorsichtigkeit schuld.

„Ostdeutsches Volksblatt“.

Der Bund der Deutschen in Böhmen macht erfreuliche Fortschritte. Im ersten Viertel dieses Jahres wurden in 27 Orten neue Bundesgruppen eingerichtet.

Die Tätigkeit der Organisation erstreckte sich auf Unterstützung bedrängter Volksgenossen und ganzer Gemeinden durch Einzelunterstützung, Stellenvermittlung, Rechtsschutz, Schulbaubeiträge usw. Und unser Bund?

Die deutschen Ansiedler Polens an den Völkerbund. Der „Ansiedlerauschuß bei der Landesvereinigung des Deutschumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen“ hat dem Sekretariat des Völkerbundes in Genf folgenden Hilferuf auf drahllichem Wege zugehen lassen: „Wir deutsche Ansiedler in Po'en haben mit Freunden von den Vorstellungen des hohen Völkerbunds rats bei der polnischen Regierung Kenntnis genommen, die uns wenigstens solange den Genuß unseres vollen Eigentums zusichern, bis eine endgültige Entscheidung über unsere Rechte getroffen ist. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß die zuständigen Organe der polnischen Regierung die Wünsche des Völkerbunds nicht achten, sondern im Gegenteil mit verschärften Maßnahmen gegen uns vorgehen. Wir bitten dringend um Hilfe, bevor man uns alle von unserer Scholle vertreibt.“ Der Ansiedlerauschuß. (gez.) Unterschriften.

Die Eierausfuhr aus Polen. Das polnische Haupt-Ein- und Ausfuhramt in Warschau, Senatorska 42, erteilt Ausfuhrerlaubnis zur Ausfuhr von Eiern. Für die Monate Juli und August wurde für 70 Waggons Eier eine Ausfuhrerlaubnis festgelegt.

Die Zuckerproduktion der ganzen Welt ist langsam im Steigen begriffen. Im Jahre 1913 belief sich die Menge des hergestellten Rübenzuckers auf 9 Millionen Tonnen, ungefähr 540 Millionen Pud. Im Jahre 1920 wurden kaum 3 1/2 Millionen Tonnen hergestellt. Am meisten haben die Zuckerfabriken in Süd Rußland gelitten. Zwei Drittel der Zuckerfabriken sind dort unläufig. Anstatt einer Anbaufläche von 1.400.000 Morgen wurden gegenwärtig kaum 600.000 Morgen angebaut. Es fehlt vor allem an Rübensamen. In letzter Zeit hat Deutschland rege Handelsverbindungen mit der Ukraine angeknüpft.

## Wochenschau.

Inland. Wie wir bereits in der letzten Nummer unseres Blattes berichteten, ist die Ministerkrise glücklich gelöst und wir haben wieder eine Regierung. Der Staatschef hat Herrn Artur Sliwinski zum Ministerpräsidenten ernannt und zugleich Sliwinski's Anträge entsprechend, Herrn Antoni Kamienski zum Innenminister, Herrn Gabriel Narutowicz zum Außenminister, Herrn Kasimir Sosnkowski zum Kriegsminister, Herrn Dr. Kasimir Zaczek zum zeitweiligen Finanzminister, Herrn Professor Wacław Makowski zum Justizminister, Herrn Josef Raczynski zum Landwirtschaftsminister, Herrn Stefan Ossowski zum Handelsminister, Herrn Ludwik Zagórny-Marynowski zum Eisenbahnminister, Herrn Władysław Zieminski zum Minister für öffentliche Arbeiten, Herrn Ludwik Darowski zum Arbeitsminister und Herrn Witold Chodzko zum Minister für Volksgesundheit. Die Entscheidung über die Ministerien für Kultus und Volksaufklärung sowie für Post und Telegraphen wird später erfolgen.

Der neue Ministerpräsident hat der deutschen Sejmvertretung die feierliche Versicherung gegeben, daß er allen Bürgern Polens ohne Unterschied des Glaubens und der Sprache nach demokratischer Auffassung vollste Gleichberechtigung gewähren werde.

Wir sind dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Erklärung dankbar und wollen ihr Glauben schenken, trotzdem wir von seinen Vorgängern vielfach getäuscht worden sind. — Wird die Regierung nach dem Grundsatz ihres Präsidenten verfahren, so werden unserm Vaterlande bald Tage des Glückes erblühen. Und das wünschen wir alle.

Deutschland. Unser Nachbarland ist durch den Mord des Außenministers Dr. Rathenau in große Unruhe versetzt worden. Dr. Rathenau war ju-

Gesucht per sofort oder später von einer Fabrik

## jungerer Lehrkraft

zur Weiterbildung von Knaben

im Alter von 14—18 Jahren. — Gehalt 75000—100.000 Mk. monatlich bei freier W. B. u. B. Gefl. Bewerbungsschreiben erbeten an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter Chiffre „27“.

## Spargelder

verzinsen wir  
bei täglicher Kündigung mit 6%  
6-wöchentlich „ 10%  
1/2-jährlich „ 12%  
8-3

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen  
Lodz, Alje Kosciuszki 45/47.

## Landwirtschaftliche Maschinen

halten wir vorrätig:

Dreschmaschinen, Sämaschinen, Rogwerke, Kultivatoren, Saateggen, Pflüge, Puhmühlen, aut. Pserderechen, Kartoffeldämpfer, Rübenschnneider, Milchzentrifugen, Kartoffelhackmaschinen, Sensen, Jaucheverteiler usw.

## Manufaktur-Waren

Sämtliche Weißwaren, Baumwollwaren und Wollwaren.

Preise billig — Waren gut

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen  
Aktiengesellschaft

Lodz, Alje Kosciuszki 45/47.

discher Herkunft. Er nannte sich gerne den Erfüllungsmiister und wollte die Verpflichtungen Deutschlands der Entente gegenüber gewissenhaft ausführen. Die völkisch-gesinnten Kreise betrachteten ihn seit lange mit Mißtrauen. Dagegen hielten die Sozialisten und Linksgerichteten viel auf ihn. Darum haben diese Kreise auch anlässlich seines Todes große Unruhen hervorgerufen und drohen sogar mit der Aufröfung des Reichstages. Nachforschungen haben ergeben, daß die Mörder zu einer geheimen politischen Organisation gehören, die über ganz Deutschland verbreitet ist. Wollte das arme, geplagte Land doch erst zur inneren Einigkeit und Ruhe kommen.

Irland. Auch hier will es nicht ruhig werden. Aufständische kämpfen noch immerfort mit den regulären Truppen. Jene sind mit Waffen, Munition und Lebensmitteln gut versorgt und dehnen ihre Tätigkeit immer weiter aus. Sie besetzen Gasthäuser, öffentliche Gebäude und Privathäuser, die sie dann zu kleinen Festungen ausbauen. Ein Gleiches tun die Regierungstruppen. Bei den letzten Kämpfen kam es zu schweren Verlusten an Toten und Verwundeten auch unter der Zivilbevölkerung. Der Bahnverkehr ist an vielen Stellen unterbrochen.

## Kurze telegraphische Meldungen.

Im Zusammenhange mit der Verhaftung des Rathenau-Mörders Günther, der bekannt hat, eine gewisse Zeit hindurch beim General Ludendorf gearbeitet zu haben, wurde letzterer am 30. Juni verhaftet.

In Hindenburg (Ober-Schlesien) kam es am 29. Juni zwischen französischen und deutschen Soldaten zu einer Schießerei, bei der die deutschen 17 Tote und 17 Verwundete verloren haben.

Der Botschafterrat hat grundsätzlich beschlossen, daß die Erklärung Memels als freie Stadt noch im laufenden Jahre erfolgen soll.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“  
m. b. H., Petrikauer Straße 86.  
Leiter: Dr. E. von Behrens.

## Dachpappen

Teer, Klebemasse, Antisepticum, Cimmer, Asphalt, Dachleisten, Pappnägel, Gartenkies  
liefert die

Dachpappen- und Asphaltfabrik

Cinke, Ewald & Co., Lodz, Wysoka Nr. 9.

## Die Billigsten

in Lodz sind

## Schmedel & Rosner,

Petrikauer Straße Nr. 100, Sillale Nr. 160,  
weil sie rechtzeitig noch vor der Preissteigerung eingekauft haben.

Es sind am Lager in großer Auswahl:

Damen Kleider, neueste Damen-Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleiderstoffe in Garbardin-Cheviot, Boston und Flora. Ferner: Herren- und Damen-Wäsche aus Madapolam sowie feine Damen-Wäsche aus Batist, Etamin; Strümpfe, Weißwaren auf Meter, Bettzeuge, Kretons, Handtücher, Tischdecken, Laken etc.